

## **Bürger für Haan - Bürger Union: Stellungnahme zum Haushalt der Stadt Haan für das Jahr 2025**

### *Bürger für Haan – Bürger Union lehnt den Haushalt der Stadt Haan ab*

„Der Haushalt der Stadt Haan für das Jahr 2025 ist - wie schon der Haushalt für die Vorjahre 2023 und 2024 - unterfinanziert und strukturell nicht ausgeglichen; daher lehnt die Bürger Union – Bürger für Haan den Haushalt der Stadt für das Jahr 2025 ab“, so deren Ratsmitglied Harald Giebels.

Der Haushalt ist mit erheblichen Risiken behaftet:

1. Der Rathausneubau ist wünschenswert bis notwendig, aber so wie jetzt geplant zu teuer, unvollständig und zudem ökologisch nicht nachhaltig.
  - a) Das in den Haushalt eingeplante Investitionsvolumen ist gemessen am Gesamthaushalt zu groß; es fehlt dadurch Liquidität für andere, wichtige Vorhaben für die Infrastruktur unserer Stadt und deren laufende Finanzierung.
  - b) Die Verlängerung der Abschreibungsfrist des neuen Zweckbaus auf 70 Jahre ist bautechnisch nicht vertretbar und daher nicht mehr als eine finanztechnische Trickserie. Ein in 2025 beginnender Neubau wird keine bautechnische Lebensdauer von 70 Jahren haben. Die Verlängerung des Abschreibungszeitraumes auf 70 Jahre erfolgt nur als buchhalterischer Trick, um die Haushaltslage der Stadt besser darzustellen, als sie ist. Schon jetzt ist klar, dass lange vor Ende der 70-jährigen Abschreibungsdauer neue Investitionen in die Gebäude notwendig sein werden; die Kosten hierfür werden wiederum die Liquidität der Stadt erheblich einengen und zugleich finanzielle Spielräume für andere Investitionen zum Beispiel in die soziale Infrastruktur unserer Stadt nehmen. Damit werden jetzt schon absehbare Kosten auf zukünftige Generationen abgewälzt und dies lehnt die Bürger für Haan – Bürger Union ab.
  - c) Die Bürger für Haan – Bürger Union hat schon früh für eine bauliche Trennung der Verwaltungsräumlichkeiten von allgemeiner Verwaltung und den technischen Ämtern plädiert (s. Stellungnahme der Bürger für Haan – Bürger Union zum Haushalt 2024). Dem ist die Haaner Verwaltungsspitze und die Mehrheit des Rates in der Projektierung des gesamten Neubaus nicht gefolgt. Es wird nur vorübergehend der Bau des 3. Gebäudekomplexes verschoben. Das Technische Rathaus ist in anderen Städten auch getrennt von der übrigen Rathausverwaltung untergebracht; in Haan hätte dies u.a. auf dem Areal des früheren Krankenhauses an der Robert-Koch-Str. realisiert werden können – auch dies wird von der Verwaltungsspitze und der Ratsmehrheit abgelehnt.
  - d) Aus Sicht der Bürger für Haan – Bürger Union muss das „Technische Rathaus“ nicht inmitten der Innenstadt angesiedelt sein. In anderen Städten ist dies auch nicht der Fall; die Nachbarstadt Erkrath und auch Düsseldorf seien hier nur als Beispiel genannt. Die Bürger für Haan – Bürger Union hatte im vergangenen Jahr dafür geworben und beantragt, dass die Stadt Haan in unmittelbare Verhandlungen mit dem Insoverwalter der KPlus-Gruppe eintritt; damals um vielleicht noch das Krankenhaus in unserer Stadt zu retten. Im Zuge solcher Gespräche hätte vielleicht zumindest ein Kauf der Immobilien an der Robert-Koch-Straße durch die Stadt Haan

erreicht werden können. Die damalige Behauptung, der Standort Haan der Kplus-Gruppe könne nicht isoliert erworben werden, hat sich ja als falsch erwiesen; Inzwischen ist das Areal an der Robert-Koch-Straße an jemand anderes verkauft worden. In den jetzt leerstehenden Gebäudeteilen an der Robert-Koch-Straße könnte mit vertretbarem Aufwand das „Technische Rathaus“ untergebracht werden; dieser Standort ist gut erreichbar und es sind genügend Parkplätze direkt auf dem Gelände vorhanden. So könnte auch der jetzige Standort des „Technischen Rathaus“ an der Alleestr. 8 neu projektiert, zugunsten der Stadtkasse veräußert und dort u.a. bezahlbarer Wohnraum und Sozialwohnungen errichtet werden.

- e) Das Projekt „Rathausneubau“ ist in einer Gesamtbetrachtung auch nicht umweltbewusst nachhaltig, da die Erstellung in der (echten) cradle-to-cradle Bauweise abgelehnt wird. Frühere Vorstöße von Harald Giebels in diese Richtung wurden abgelehnt.
- f) Die Mehrheit des Rates lehnt eine Einzelgewerkvergabe für den Rathausneubau ab, obwohl hierdurch beim Investitionsvolumen bis zu 15 Prozent gespart werden könnten. Die Bürger für Haan – Bürger Union unterstützt den Vorschlag der GAL, eine Einzelgewerkvergabe durchzuführen. Aufgrund der Haltung der Ratsmehrheit werden nun mehrere Millionen Euro unnötig ausgegeben; Geld, welches woanders in der Stadt Haan fehlen wird.

2. Pool-Bildung für Unterstützungskräfte für Kinder mit Förderbedarf ist abzulehnen

Ein Beispiel für nicht hinnehmbare Auswirkungen der Geldknappheit im Haaner Haushalt ist die vorgenommene „Pool-Bildung“ von Begleitern von Kindern mit Förderbedarf in Tageseinrichtungen oder im Unterricht. Gerade in diesem Bereich ist das Vertrauensverhältnis des Kindes zu seiner Unterstützungskraft von grundlegender Bedeutung und daher kann man nicht morgens irgendjemanden aus dem Personal-Pool einem Kind zuordnen und dies noch mit weniger Zeit für das jeweilige Kind – dies gefährdet den für die Entwicklung des Kindes mit Förderbedarf wichtigen Erfolg der notwendigen Maßnahme. Hier aus selbst verursachter Geldknappheit zu handeln, ist nicht akzeptabel. Bei der Gelegenheit sei angemerkt, dass schon die Personal-Pool-Bildung bei den Schulhausmeistern den Schulen nicht gut getan hat – Personal-Pool heißt eben weniger Personal als vorher.

3. Pauschale Minderausgabe: Die Bürger für Haan – Bürger Union lehnt die von der Ratsmehrheit und der Verwaltung im Haushaltsplan aufgenommene pauschale Minderausgabe als untauglich ab. In der Praxis prallen hier zwei unvereinbare Positionen aufeinander: Während die Ratsmehrheit hofft, dass alles, was sie in den Haushaltsplan aufgrund politischen Willens aufgenommen hat, irgendwie realisiert werden kann durch eine sparsame Haushaltsführung (sparsam im Sinne von preiswerter als im Haushaltsplan ausgewiesen), hat die Verwaltung eine ganz andere Position: Sie führt vom Rat gewollte Projekte nicht aus und besetzt vom Rat gewollte Personalstellen nicht und erreicht dadurch das Ziel der pauschalen Minderausgabe. Tatsächlich überlässt der Rat als Haushaltsgeber der Verwaltung als Exekutive die Entscheidung darüber, was geschehen soll und was nicht. Dadurch verliert der Rat

seine ihm zugewiesene Kompetenz zu entscheiden, was in Haan gemacht werden soll und was nicht.

4. Unzureichende Wirtschaftsförderung: Die Bürger für Haan – Bürger Union lehnt den Haushalt mit dem Stellenplan zudem ab, weil es 2025 faktisch so gut wie kein städtisches Personal für die für Haan und den Haushalt so wichtige Aufgabe der Wirtschaftsförderung gibt. In 2025 wird daher die Rathausverwaltung weder die bereits in Haan ansässigen Unternehmen ausreichend betreuen, noch zugleich durch eigenes Wirken neue Unternehmen mit neuen Arbeitsplätzen und neuem Steueraufkommen für unsere Stadt gewinnen können. Dasselbe gilt für den Einzelhandel; in 2025 wird es in der Verwaltung fast keine Personalressource geben, die sich im Schwerpunkt ausreichend mit der Förderung des Einzelhandels insbesondere in der Innenstadt befasst; dieses Manko ist für die Stadt nicht vertretbar und auch akzeptabel.
5. Ausbau der Bürgerfreundlichkeit der Verwaltung findet nicht statt  
Die Bürger erleben die Rathausverwaltung als häufig telefonisch nicht erreichbar; auf Briefe oder Mails wird nicht oder nur verzögert geantwortet, auch der „Mängelmelder“ funktioniert nicht richtig – manchmal wird Eingaben nachgegangen, manchmal nicht und Rückmeldungen an die Bürger erfolgen nicht regelmäßig. Den bereits in den vorherigen Haushaltsberatungen eingebrachten Vorschlag der Bürger für Haan – Bürger Union, einen „Bürgerkoffer“ anzuschaffen, mit dem das Bürgerbüro des Rathauses in besonderen Fällen den Bürger aufsuchend wichtige Dienstleistungen vornehmen kann, wurde von der Verwaltungsspitze und der Ratsmehrheit erneut abgelehnt. Insbesondere für hochaltrige und/oder (vorübergehend) nicht mobile Bürger wäre dies wichtig, denn aktuell müssen sie zum Beispiel für eine Beantragung eines neuen Personalausweises mit einem Krankentransportwagen für viel eigenes Geld in das Rathaus gebracht werden. Eine Befreiung von der Ausweispflicht hilft den Betroffenen aus Rechtsgründen nicht immer. Ist es wirklich zu viel verlangt, wenn ein Rathausmitarbeiter mit dem „Bürgerkoffer“ die kurze Strecke vom Rathaus an der Kaiserstraße zum Beispiel zu einem der Altenheime an der Düsseldorfer Straße fährt und den Bürgerservice vor Ort macht? Diese Verweigerungshaltung wird umso unverständlicher vor dem Hintergrund, dass die Rathausverwaltung in repressiven Angelegenheiten, um zum Beispiel Bürgern ein Verwarnungsgeld aufzuerlegen, gerne viel Personal und Dienstwagen im gesamten Stadtgebiet einsetzt.
6. Verfahren der Haushaltsberatungen: Zu früh, zu unkonkret und dadurch zu risikobehaftet
  - a) Belastbare Rahmendaten fehlten und wichtige Haushaltsansätze sind spekulativ  
In den Haushaltsberatungen fehlten wichtige Rahmendaten für die Finanzplanung. Im Grunde fanden die Haushaltsberatungen zu früh statt. Auch bei dem verständlichen Wunsch, den Haushaltsplan für das nächste Jahr noch vor Beginn desselben beschlossen zu bekommen, sollte Haushaltsklarheit und Belastbarkeit der getroffenen Entscheidungen den Vorrang haben. Hieran kann es nur fehlen,

wenn die grundlegenden Rahmendaten fehlen bzw. nur grob geschätzt vorliegen. Es ist einmalig in der Geschichte der Stadt Haan, dass in den Haushaltsberatungen die Kämmerei verlässliche Zahlen zum Aufkommen an Grundsteuer und ebenso keinen Grundhebesatz für die Haushaltssatzung rechnerisch benennen konnte. Die Annahme, dass das Grundsteueraufkommen für die Stadt Haan in 2025 mindestens so hoch sein werde wie im noch laufenden Jahr 2024 ist schlicht spekulativ vor dem Hintergrund, dass eine Erkenntnis aus der Neuregelung der Berechnung der Grundsteuer ist, dass für gewerbliche und nicht rein für Wohnungen genutzte Grundstücke in Folge der Grundsteuerreform weniger an Grundsteuer zu zahlen ist, als vor der Reform, deren Regelungen ab dem 01. Januar 2025 wirken. Dann aber spekulativ den Vorjahresansatz an Gewerbesteuer maßgebend in den Haushaltsplan für 2025 zu übernehmen, ist mit einer seriösen Finanzpolitik nicht vereinbar. Bereits an dieser Stelle haben die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan so viele Unwägbarkeiten, dass es zu jetzigem Zeitpunkt jedenfalls keine ausreichende Grundlage gibt, das gesamte Zahlenwerk (Haushaltssatzung, Haushaltsplan, Stellenplan) zu beschließen.

- b) Rund 10 Prozent der von der Bürgerschaft in den Stadtrat gewählte Mitglieder des Rates (3 von gesamt 34) waren von wesentlichen Teilen der Haushaltsberatungen rechtlich und faktisch ausgeschlossen.

Bei den Haushaltsberatungen waren die Ratsmitglieder, die keiner Fraktion angehören (aktuell drei), faktisch ausgeschlossen. Die Haushaltsberatungen wurden abgestuft durchgeführt, d.h. das Fragen und Anträge auf der Ebene der Fachausschüsse zu stellen waren. Hier sind jedoch die fraktionslosen Ratsmitglieder nach der Geschäftsordnung des Rates nicht teilnahmeberechtigt; sie dürfen in den Sitzungen der Fachausschüsse keine Fragen und auch keine Anträge stellen und in der den Fachausschusssitzungen folgenden HFA-Sitzung werden nur noch die Ergebnisse der Fachausschüsse zusammengeführt; neue Debatten und Anträge sind dort unerwünscht, wogegen nicht von der Bürgerschaft direkt Gewählte, sondern vom Seniorenbeirat und dem Jugendparlament benannte Vertreter Rederecht in den Fachausschüssen haben.

Die Bürger für Haan – Bürger Union lehnt den Haushalt 2025 ab.

17. Dezember 2024, Harald Giebels

Ratsmitglied der Wählergemeinschaft ‚Bürger für Haan – Bürger Union‘